



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 144 (1933)**

6 (4.1.1933) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-372198](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-372198)



# Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Verlagspreis: Täglich 2 mal außer Sonntag. Bezugspreise: Drei Monate monatl. RM. 2.05 und 62 Pf. Trichter, in anderen Verlagsstellen abgekauft RM. 2.25, durch die Post RM. 2.70 einbez. 60 Pf. Postbez. 60 Pf. Die 72 Pf. Beleggeld. Abholstellen: Bld. 12, Kronprinzenstr. 42, Schwabinger Str. 42, Werselsstr. 14, No. 10, Werselsstr. 14, W. Oppauer Str. 8, Sebaltenstr. 1.

## Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammel-Nummer 240 51. Postfach-Nummer: Karlsruhe Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Remagelt Mannheim

Anzeigenpreise: 22 mm breite Zeilenzeile RM. 40, 70 mm breite Zeilenzeile RM. 2.50. Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Bei Konstanten, Vergleichen oder Zahlungsbeträgen besonderer Abmachung. Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telefonische Aufträge. Geschäftsstand Mannheim.

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 4. Januar 1933

144. Jahrgang — Nr. 6

## Französischer Ozeanriese in Flammen

Der 40 000 Tonnen-Dampfer „Atlantique“ brennt auf offener See im Hermelkanal - Ein deutsches Schiff rettet 80 Mann der Besatzung

### Der Hergang der Katastrophe

Telegraphische Meldung

Paris, 4. Januar.

Der 40 000 Tonnen große französische Ozeandampfer „Atlantique“, der ohne Passagiere von Pauillac (Gironde) nach Le Havre unterwegs war, fing zwischen Cherbourg und Le Havre Feuer und wurde von der Besatzung gerettet. Das Schiff wird nach den neuesten Meldungen der Marinebehörde von Cherbourg für verloren gegeben. Eine Reihe von Schiffen sind zur Hilfeleistung unterwegs, man befürchtet aber, daß der Ozeanriese durch das Feuer, das immer noch auf ihm wütet, schon zu stark in Mitleidenhaft gezogen worden ist. 80 Mann der Besatzung, die 200 Köpfe zählte, wurden von dem deutschen Motor-Schiff „Muhk“ gerettet, das an dem Ort der Katastrophe eintraf.

Wie jetzt bekannt wird, sind die ersten 200 Köpfe wegen des Brandes von dem deutschen Motorschiff „Muhk“ ausgegangen. Die Funktion der „Atlantique“ ist nicht in Tätigkeit getreten, so daß angenommen wird, daß der Brand in dem Innerraum ausgebrochen ist. In Cherbourg liegen noch keine weiteren Meldungen vor, ob das Schiff untergegangen ist oder ob eine Rettung der „Atlantique“ möglich war.

Ministerpräsident Paul-Boncour hat den Minister für Handelsmarine erlaßt, der Mannschaften des Dampfers „Muhk“ seinen Dank für die Rettung der Besatzungsmitglieder auszusprechen. Ueber das Schicksal der übrigen Besatzung ist bis jetzt noch nichts Aufrechenbares bekannt. Man rechnet aber bestimmt damit, daß sie gerettet ist, besonders da ein großer englischer Dampfer schon seit Stunden in der Nähe der „Atlantique“ sich befindet. Der Brand auf dem Dampfer brach heute früh gegen 6 Uhr aus. Das Schiff war deshalb ohne Passagiere, weil es in Le Havre ausgepackt werden sollte.

Die Katastrophe, der die „Atlantique“ anheimelnd zum Opfer gefallen ist, hat in der französischen Öffentlichkeit großes Aufsehen und Bedauern erregt. Die „Atlantique“ galt für den kleinsten Mann in Frankreich als das größte Konstruktionsobjekt gegenüber den beiden deutschen Ozeanriesen „Europa“ und „Graf Zeppelin“, wenn auch die „Atlantique“ den Dienst zwischen Bordeaux und Buenos Aires versah und nicht auf dem Nordatlantik. Das Schiff war das zweitgrößte der französischen Handelsflotte und wurde nur noch von der „Vie de France“ übertroffen. Der Bau der „Atlantique“ war außerordentlich kostspielig gewesen, da man sie mit allem nur erdenklichen Komfort ausgestattet hat, um eben dadurch das große Bedauern zu den deutschen Ozeanriesen zu schaffen. Als besondere Neuerung galt das Promenadenende, auf dem sich die Veranda der bekannten Pariser Modehäuser befanden.

Umso eigenartiger verläuft das Schicksal der „Atlantique“, denn sie fiel einer Katastrophe zum Opfer, durch die vor knapp vier Jahren die „Europa“ des Norddeutschen Lloyd fast vor ihrer Fertigstellung zerstört wurde. Im Frühjahr 1929 wurde bekanntlich der Dampfer auf der Hamburger Werft von einem schweren Schiffsfeuer heimgesucht, das aber für den Bau und für die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Schiffes keine Bedeutung hatte, denn die „Europa“ konnte den Planen Hann-Metord ihres Schwesterschiffes „Graf Zeppelin“ noch übertreffen. Einem ähnlichen Schicksal wie die „Atlantique“ verfiel im Winter 1930 der Dampfer „München“. Er hatte eben am New Yorker Pier angelegt und seine Ladung geladen, als eine Feuerbrunst an Bord ausbrach, die das Schiffinnere vollständig vernichtete. Zwei Menschen kamen bei dem Brand ums Leben; acht Personen wurden schwer verletzt. Das Schiff mußte auf Grund gesetzt werden.

Besonders grauhaft in seinen Folgen war ein Schiffsbrand, dem im Mai 1930 115 Väter zum Opfer fielen, die sich auf der Ballfahrt nach dem Heiligen Land befanden. Sie waren an Bord des französischen Dampfers „Missa“, der im roten Meer von einer Feuerbrunst heimgesucht wurde. Wegen Kapitän und Besatzung wurde später der schwere Vorwurf erhoben, daß sie nicht alles getan hätten, um eine Rettung der Unglücklichen herbeizuführen. Auch im vergangenen Frühjahr fiel ebenfalls ein französischer Passagierdampfer einer Brandkatastrophe zum Opfer. Der „George Philippon“ wurde mitten im Golf von Eden von dem Unglück getroffen. Unter den 22 Passagieren, die in den Flammen umkamen, befand sich der französische Reiseleiter Albert Bonheur.

### Neue Vertagung im Reichstag?

Die Fühlungnahme zwischen Reichkanzler und Nationalsozialisten

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 4. Januar.

In Berliner politischen Kreisen hat die Vermutung, daß der Reichstag eine Einberufung des Reichstages auf den 17. Januar beschließen wird, seit gestern noch an Boden gewonnen. Doch lassen sich auch gegen diese Vermutung einleuchtende Gründe anführen. Es ist u. a. mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Reichstag heute noch zu keiner Entscheidung kommt, sondern in den nächsten Tagen noch einmal sich versammelt.

Nichtig ist jedenfalls, daß auf der einen Seite Sozialdemokraten und Kommunisten einen möglichst baldigen Einberufungstermin im Auge haben, die Nationalsozialisten aber erst einmal die lippeischen Wahlen hinter sich bringen und daher bis zur Mitte des Monats mit der Reichstagsöffnung warten müssen.

Im Zusammenhang mit der Fühlungnahme zwischen Kanzler und Nationalsozialisten, die durch Mittelspersonen wieder in Gang gekommen ist, wird vor allem der Name des Reichspräsidenten von Hindenburg genannt. Bald ist indes, hinter der Unterredung, die gestern abend hinter dem Staatssekretär Brand und dem Reichstagspräsidenten Brüning stattfand, mehr als eine Behandlung der mit dem Zusammentritt des Reichstages zusammenhängenden rein technischen Fragen zu erwarten. Verschiedentlich wird behauptet, daß Gregor Strasser, der gestern abend wieder in Berlin eingetroffen sein soll, heute vom Reichskanzler empfangen wurde. Das ist jedoch, wie uns an zuverlässigen Stellen versichert wird, nicht der Fall gewesen. Es wäre in der Tat auch schwer zu begreifen, welchem Zweck eine solche Audienz im Augenblick hätte dienen können. Im übrigen nimmt man an, daß Strasser, ehe nicht neue Reichstagswahlen feststünden, sich im Hintergrund zu halten und erst hernach wieder hervortreten möchte.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, scheint sich die Hoffnung zu verfestigen, daß die bevorstehende Session des Reichstages nicht mit der Auflösung, sondern mit einer abermaligen Vertagung enden werde.

Das dürfte schließlich vom Ausgang der lippeischen Wahlen abhängen. Die Nationalsozialisten wären sicher, wenn die lippeischen Wahlen ihnen neue Verluste bringen sollten, bereit, die Regierung in der indirekten Methode der Vertagung auf neue bis zum März zu verschieben. Gibt es dagegen in Lippe einen nationalsozialistischen Aufschwung, können die Dinge leicht gerade den entgegengekehrten Verlauf nehmen. Doch herrscht vorerst in allen diesen Kreisen noch ziemliche Ungewissheit.

Wegen des Massenauflaufs im Lustgarten, der von der kommunistischen Partei, dem Kom-

munistischen Jugendverband und der revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufen worden ist, ist die Polizei in Alarmbereitschaft gesetzt worden.

### Differenz der Bauern

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 4. Januar.

Nach Mitteilungen aus der Umgebung des Reichernährungsministers scheinen die Meinungen, mit der Margarineindustrie doch noch zu einer gütlichen Einigung zu gelangen, noch nicht ganz ausgeglichen zu sein. Es ist anzunehmen, daß hierüber noch im Laufe der Woche Klarheit geschaffen wird. Sollte der von Herrn von Braun erstrebte Accord sich jedoch nicht ermöglichen lassen, wird — wie schon das bereits — die Unterbrechung der Margarine auf dem Wege der Verordnung erzwungen werden.

Inzwischen werden die Differenzen der Reichswirtschaft immer dringender. Nach östlichen und nordwestlichen Verbänden haben sich die badischen, württembergischen und bayerischen Organisationen in dringenden Telegrammen Bittgesandtschaften der Reichsregierung und scharfe Kontingierung der Rationierung gefordert. Die Erleichterung der Bauernwirtschaft sei auf höchste gestiegen und lasse Vergewaltigungsfälle befürchten.

### Handwerksvertreter bei Gerecht

Meldung des Stuttgarter Büros

Berlin, 4. Januar.

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerecht, empfing gestern Vertreter der Handwerksvereine und der kommunalen Spitzenverbände. Außerdem hatte er eine Besprechung mit den leitenden Personen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks. Hierbei wurde der gesamte Bereich der Arbeitsbeschaffung unter besonderer Berücksichtigung der Beschäftigung der Handwerksleute erörtert. Insbesondere wurde die Fortführung der Arbeiten für die Wiederherstellung des Reichs nach dem 1. Januar 1933 in Angriff genommen. Weiter wurde die Einwirkung der Wirtschaftskrisen auf den öffentlichen Markt und die Frage der häuslichen und landlichen Produktion besprochen. Die Vertreter des Handwerks brachten zum Ausdruck, daß sie an der alsbaldigen Bildung des Reichs nach dem 1. Januar 1933 in Angriff genommen und an einer ausreichenden Beteiligung des Handwerks in diesem Reich ein vorübergehendes Interesse hätten.

## Sperrmaßnahmen in Frankreich

Drahtbericht aus Pariser Vertreters

Paris, 4. Januar.

Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, die für alle Kategorien von Beamten und Angestellten des Staates eine Einkommenssteuer einführt. Man sieht in maßgebenden politischen Kreisen darin den Beginn einer großen Verwaltungsreform, die der neue Finanzminister Gervais zur Entlastung des Staats in Angriff nehmen will. — Die einzelnen Behörden sollen geordnet werden, sich auf eine Personalreduzierung umstellen und sofortige Einsparungspläne auch auf dem Gebiet der sozialen Ausgaben vorzubereiten. Finanzminister Gervais begründet diesen Schritt mit der Entwicklung der Zahl der französischen Beamten, die gegenüber 1911 im Jahre 1932 von 465 457 auf 631 294 gestiegen war.

Die ersten Beweise der einschneidenden Reformabsichten Gervais haben an der Pariser Börse auf dem Gebiet der französischen Staatsrenten einen sehr guten Eindruck gemacht und sich in mehrprozentigen Steigerungen ausgedrückt.

Im Kabinett wird weiterhin der Plan erwohnt, nach deutschem Vorbild an dem Wege einer Verfassungsänderung dem Parlament das Recht zu nehmen, die Staatsausgaben zu erhöhen.

Statt dessen soll die Kontrollfähigkeit der gesetzgebenden Körperschaften wieder mehr in den Vordergrund gerückt werden. Für die Verfassungsänderung wäre die Einberufung des Nationalkongresses nach Versailles erforderlich, Kammern und

Senat hätten dann in gemeinsamer Sitzung die Aufgabe, ähnlich wie es bei den Franzosen im Jahre 1920 der Fall war, durch Verfassungsänderung an der Finanzstellen Sanierung mitzuwirken. In französischen Zeitungen sieht man auf erhebliches Erstaunen, daß die Reform- und Sparmaßnahmen Gervais ausgerechnet auf personelles Gebiet eingelenkt, während sich sehr umfangreiche

Sperrmaßnahmen in den Rüstungsangelegenheiten ergeben. Es ist damit zu rechnen, daß linksstehende Departe bei den Budgetberatungen und der Behandlung des Gervaischen Reformprogramms in der Kammer Anträge auf Abschaffung der Rüstungsansätze stellen werden.

Ministerpräsident Paul-Boncour hat ein Rundschreiben an alle Ministerien vorbereitet, in dem bestimmt wird, daß alle Geheimnisse, soweit sie Geldmittel betreffen, erst dem Finanzminister zur Gegenzeichnung vorgelegt werden müssen, bevor sie dem Parlament unterbreitet werden.

Die Blätter legen einer Bewegung Vorzug, daß er Maßnahmen zur Währungs- und Geldpolitik einzuführen gedenke, hatte Bedeutung. Im Verlaufe einer Senatsdebatte über eine Unterbrechung der Währungsreform äußerte Vorzug Zweifel an der Möglichkeit einer Erhöhung der heimischen Währungspreise auf gleichem Wege, solange die Preise in der äußeren Welt fielen. Er riefen die Goldstandard aufzugeben, während die Vereinigten Staaten weiter am Goldstandard festhielten.

### Allindien

Von unserem Londoner Vertreter

London, Anfangs Januar.

Nach dem Abbruch der dritten Londoner Konferenz lassen sich zum erstenmal die Ansätze der Staatsform erkennen, in der Indien in die Reihe der freien Reichsländer des britischen Imperiums eintrifft wird. Ungeheure Schwierigkeiten waren zu überwinden, ehe es zu diesem konkreten Entwurf kam; schwere Kämpfe stehen noch bevor, ehe der Plan verwirklicht werden kann. Aber wenn das politische Kriegsgeschehen nicht völlig von den Vätern des neuen Friedensprojekts abweicht, steht Indien, dieses Kaiserreich von Rassen, Völkern, Sprachen und Religionen, wirklich im Begriff, eine Nation zu werden. Gelingt dieser fähige Schritt, dann werden auch die letzten Fesseln, die England dem neuen Staatwesen von Geburt an anhängen wird, immer brüchiger werden.

Nur drei Punkte des indischen Weltbildes stehen direkt unter englischer Verwaltung. Diesem „Britisch-Indien“ mit seinen acht reichen Provinzen und seiner Bevölkerung von 250 Millionen Seelen steht das „indische Indien“ der Mahatma-Gandhi gegenüber. Diese Länder, deren es mehr als 200 gibt, stehen unter der Herrschaft ihrer anheimelnden Fürstentümer, die jedoch die Oberhoheit der britischen Krone anerkennen. Manche dieser Staaten sind fast ganz selbständig und lassen sich in ihrer Verwaltung nicht hineinreden; andere stehen in verschiedenen Stufen von Abhängigkeit von England. Seit Jahrzehnten hat man in Indien wie in England mit dem Gedanken gespielt, einmal das ganze Indien — die britischen Provinzen, wie die einheimischen Staaten — zu einem Bundes zusammenzuschließen. In Indien vertrat man sich davon die allmähliche Entwicklung eines allindischen Nationalgefühls, das den politischen Bund schließlich zur Wirklichkeit emporheben würde. In England hoffte man, durch die Eingliederung der Mahatma-Gandhi und anderer das konföderative Element in Indien derart zu kräftigen, daß ein vollständiger Erfolg für die direkte englische Herrschaft geschaffen würde. Die beiden einander widersprechenden Gedankengänge liegen auch der jüngsten Einigung zugrunde. Aber während noch im Jahre 1930 die königliche Kommission des letzten Außenministers Sir John Simon feststellte, daß bis zur Verwirklichung des allindischen Bundes noch zwei Jahrzehnte ins Land ziehen müßten, ist es in zwei kurzen Jahren gelungen, die indischen Parteien zum Eintritt in eine solche Föderation zu bewegen.

In drei arbeitsteiligen Konferenzen ist der Entwurf der Bundesverfassung im Umriss fertiggestellt worden. Die neue Staatsform wird, wie jede Föderation, drei Schichten enthalten. In der ersten Schicht liegen die britisch-indischen Provinzen, deren Zahl durch Neuanstellung um drei weitere vermehrt wird. Um den Mahatma-Gandhi seine Reichhaltigkeit zu geben. Diese Verwaltungsgebiete, von denen beispielsweise Bengalen vollzählig ist, als Großprovinzen, werden zum ersten Male vollkommene Selbstverwaltung erhalten. Ein gewähltes Parlament wird durch ein aus ihm hervorgegangenes Kabinett die Regierungsgeschäfte betreiben, ganz ähnlich, wie etwa in den deutschen Ländern. An der Spitze jeder Provinz steht allerdings ein vom britischen Vizekönig ernannter Gouverneur, der in genau umschriebenen Ausnahmefällen intervenieren kann, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten. In derselben Schicht stehen die Mahatma-Gandhi-Kaaten, die wie bisher in ihrer internen Verwaltung autonom sind, aber in Ausnahmefällen dem Vizekönig des Vizekönigs ausgesetzt sind. Unter ihnen befinden sich Gebiete von der Größe Belgiens.

In der zweiten Schicht wird künftig das Bundesparlament und die Bundesregierung stehen. Das Parlament besteht aus zwei Kammern; im Abgeordnetenhaus werden die Vertreter Britisch-Indiens vom Volk gewählt, die Vertreter der Fürstentümer von den Herrschern ernannt. Ein gewähltes Kabinett mit einem indischen Premierminister wird für eine Reihe von allindischen Aufgaben verantwortlich sein, beispielsweise Bundespolitik, Bundesfinanz, Beamtenhoheit, Eisenbahnen usw. Die Vollmachten der indischen Zentralregierung gehen aber nicht entfernt so weit, wie selbst die gewählten indischen Politiker es hoffen.

Ueber ihr steht, gewissermaßen in der dritten und obersten Schicht der Föderation, der Vizekönig und sein Berater. Die Verantwortung für die Außenpolitik, die Landesverteidigung und andere imperiale Verpflichtungen verbleiben bei ihm. Der Vizekönig wird außerdem die Vollmacht haben, im Falle einer ernstlichen Gefährdung des inneren Friedens über die Köpfe der indischen Regierung hinweg einzugreifen; das heißt die „Eingriffsmacht“ der Bundesregierung empfindlich berührt, aber es ist zu bedenken, daß in einem parlamentarischen System solche Eingriffe







# MARCHIYUM



















